Profildienst
vom 27. November 2025

Profildienst für Stegner, Ralf

Auskunft Marie-Elisabeth-Lüders-Haus: Zimmer 2.701, Telefon: +49 30 227-32641
pressedokumentation@bundestag.de, https://prarchiv.bundestag.btg

Aus urheberrechtlichen Gründen ist die Nutzung der von der Pressedokumentation angebotenen elektronischen Pressematerialien ausschließlich für dienstliche Zwecke möglich. Eine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung außerhalb des Deutschen Bundestages ist nicht zulässig.

Inhalt

"Alles, was hilft, den Krieg zu beenden, ist richtig" "Zwei Mächte rammen den Dolch ins Herz der Ukraine" / Stern / 27.11.2025 3
KANN MAN IHM NOCH TRAUEN? / Stern / 20.11.2025 6

"Alles, was hilft, den Krieg zu beenden, ist richtig" "Zwei Mächte rammen den Dolch ins Herz der Ukraine"

<Stern, 27.11.2025, S. 36>

"Alles, was hilft, den Krieg zu beenden, ist richtig" "Zwei Mächte rammen den Dolch ins Herz der Ukraine"

Putins Plan und Trumps Beitrag: Was taugt der Ukraine-Friedensplan?

Ein Streitgespräch

Interview: Moritz Gathmann und Jan Rosenkranz

Sein Land stehe vor der schwersten Entscheidung seiner Geschichte, sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj zu dem "Friedensplan", den Russland und die USA vorgelegt haben. Die Ukraine könnte entweder die Würde oder den wichtigsten Partner verlieren. Wie ging es Ihnen, als Sie das hörten?

MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN (MASZ): Es ist bitter. Ich fand Selenskyjs Reaktion kontrolliert und souverän. Dem US-Präsidenten vorzuwerfen, dass er Putins Lied singe, wäre unklug gewesen, wenn auch verständlich. Es handelt sich ja nicht um ein wirkliches Friedensangebot. Nachdem Putin der Ukraine seit vier Jahren die Pistole auf die Brust gesetzt hat, macht es jetzt auch Trump.

Was soll Selenskyj jetzt tun?

RALF STEGNER: Wir kennen bisher nur eine grobe Themensammlung für Verhandlungen, darum bin ich vorsichtig mit der Bewertung. Aber wir haben im Nahen Osten erlebt, dass so ein Trump-Papier kein fixer Plan ist, der nicht mehr verändert werden kann. Und wir müssen zugeben, dass Trump mit diesem Vorgehen dort etwas vorangebracht hat. Offenbar braucht es einen Player wie die USA, um überhaupt zu Gesprächen zu kommen.

Was heißt das nun für Selenskyj?

STEGNER: Wir haben seit dreieinhalb Jahren Krieg mit furchtbaren Verlusten. Alles, was zu seinem Ende beitragen kann, ist richtig. Ich will daran erinnern, dass wir schon im Mai 2024 darüber gesprochen haben, ob man die Frontlinien einfriert und über begrenzte Waffenstillstände verhandelt. Das wurde heftig kritisiert. Seitdem hat sich die militärische Lage deutlich verschlechtert.

MASZ: Die Geschichte lehrt, dass eingefrorene Konflikte nie mehr aufgetaut werden. Korea beispielsweise ist darum seit 75 Jahren geteilt. Das droht bei diesem Vorschlag nun der Ukraine.

STEGNER: Es geht nicht um Permafrost, Einfrieren für die Ewigkeit, sondern um zeitlich und regional begrenzte Waffenstillstände als Voraussetzung dafür, dass man überhaupt reden kann.

MASZ: Die Realität ist, dass Russland sich keinen Millimeter bewegen muss. Ein Waffenstillstand muss die erste Bedingung für Gespräche sein. Die zweite ist, dass Selenskyj mit am Tisch sitzt. Und natürlich ein Unterhändler der EU, denn dieser Krieg findet auf europäischem Boden statt.

STEGNER: Es muss darum gehen, alles zu tun, was hilft, das Töten zu beenden. Ich höre immer wieder den Satz: "Ich bin auch gegen den Krieg, aber..." Der gefällt mir nicht. Das Aber geht immer zulasten derer, die ihr Leben verlieren. Selbst ein unperfekter Frieden ist besser als das Fortsetzen des Tötens. Es ist immer ein Fortschritt, wenn Verhandlungen beginnen.

MASZ: Herr Stegner, ich möchte auch nach dreieinhalb Jahren darum bitten, dass wir uns nicht gegenseitig unterstellen, der andere wolle keinen Frieden.

Ist dieser Plan überhaupt ein seriöses Angebot - oder nur ein weiteres Täuschungsmanöver des gelernten Geheimdienstlers Putin, um den Westen zu spalten?

MASZ: Der Plan soll den europäischen Kontinent nachhaltig destabilisieren. Das ist kein Zufall. Putin führt einen Zwei-Fronten-Krieg. Neben dem militärischen Krieg führt er auch hybride Angriffe durch, um unsere Gesellschaft von innen zu destabilisieren. Einen Friedensplan anzubieten, klingt verheißungsvoll. In Wahrheit rammen gerade zwei Mächte gemeinsam den Dolch in das Herz der Ukraine.

STEGNER: Nur ist die bisherige Strategie - wenn wir nur genug Waffen liefern, zwingen wir Putin an den Verhandlungstisch - leider gescheitert. Diplomatische Anstrengungen kann man dagegen erst am Ende bewerten. Wir stehen zunächst am Beginn eines Prozesses, wie die ersten Gespräche in Genf gezeigt haben.

MASZ: Herr Stegner, Sie können den Aggressor nur an den Verhandlungstisch zwingen, wenn Sie auch auf seinem Boden militärische Ziele neutralisieren: Munitionsdepots, Öl-Lager, Raketenabschussrampen, um die Angriffe auf die Ukraine zu erschweren und die Lieferkette der Armee zu unterbrechen. Um das zu erreichen, braucht die Ukraine endlich auch weitreichende Waffensysteme.

Aber ist dieses Angebot nicht Erpressung, Herr Stegner?

STEGNER: Man muss anerkennen, dass Trump im Augenblick der Einzige zu sein scheint, der Einfluss auf Putin nehmen könnte. Statt markiger Interviews sollten wir lieber die diplomatischen Anstrengungen unterstützen, zum Beispiel in der Frage des eingefrorenen russischen Zentralbankvermögens, das für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden sollte. Dieses zarte Pflanzchen der Hoffnung würde ich ungern zerstören. Wir Europäer sind gerade nicht die Hauptakteure.

MASZ: Dem widerspreche ich. Es geht hier um Europa und darum, wie wir in Zukunft auf Basis des Völkerrechts leben werden.

STEGNER: Dem widerspreche ich gar nicht.

MASZ: Die Ukraine ist eben nicht der Nahe Osten. Im Gegensatz dazu hat Trump in der Ukraine nicht den

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG

Keine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung gestattet.

alleinigen Schlüssel in der Hand. Er will Frieden, weil er das Thema abhaken will, nachdem er großmundig angekündigt hat, dass er den Krieg in 24 Stunden beenden werde.

STEGNER: Richtig, die Ukraine ist Trump völlig egal. Er will Rohstoffe - und dass die Europäer bezahlen. Trotzdem bin ich nicht so pessimistisch: In dreieinhalb Jahren habe ich keine bessere Chance für einen Waffenstillstand gesehen.

Die deutsche Haltung war immer: Nur die Ukraine entscheidet, zu welchen Bedingungen sie mit Russland Frieden schließt. War das naiv oder ideenlos?

STEGNER: Als Europäer, gerade als Deutscher, wäre alles andere eine Anmaßung. Wir beklagen, dass das Völkerrecht gebrochen wird, dass Grenzen mit Gewalt verschoben werden. Da geht es nicht primär um die Frage, was wir wollen, sondern was der souveräne Staat Ukraine will.

MASZ: Richtig, wir können nicht immer den Völkerrechtsbruch beklagen und dem Überfallenen das Recht absprechen, souverän zu entscheiden, was er für annehmbar hält und was nicht.

Dann müssen wir die Ukraine so lange weiter mit Milliarden unterstützen, wie sie das möchte?

STEGNER: Es braucht das Doppelspiel aus diplomatischen Anstrengungen und Verteidigung. Luftabwehrhilfe rettet mehr Leben der Zivilbevölkerung als irgendeine andere Maßnahme. Aber alle wissen, dass wir das nicht ewig durchhalten.

MASZ: Russland auch nicht. Es steht wirtschaftlich nicht halb so gut da, wie Putin uns glauben machen will. Darum sind die 140 Milliarden der russischen Zentralbank so bedeutsam. Ich gehe davon aus, dass beim Europäischen Rat im Dezember das Geld in die Hand genommen wird. Das wird Putin schmerzen. Ein Teil ist für den Wiederaufbau, ein Teil, um die Wirtschaft am Laufen zu erhalten. Wir dürfen nicht vergessen, dass in der Ukraine 32 Millionen Menschen leben. Wenn sich nur eine Million mehr auf den Weg nach Europa machen, bekommen wir auch in Deutschland ganz andere Diskussionen.

Haben wir diese Diskussion nicht längst?

STEGNER: Wir müssen in unseren westlichen Demokratien darauf achten, dass wir eine Mehrheit bekommen für das, was wir politisch wollen. Sonst machen wir es den Populisten zu leicht.

MASZ: Trotzdem folge ich meinem verstorbenen Parteifreund Walter Scheel, der sagte: "Es kann nicht Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen." Noch mal: Wenn nur ein Bruchteil des 28-Punkte-Plans umgesetzt wird, ist der rote Teppich für Putin ausgerollt, weitere Angriffe zu starten. Das müssen wir verhindern.

Wie sollte Europa jetzt agieren, und was sind Punkte, auf die es sich wirklich konzentrieren sollte?

STEGNER: Sicherheitsgarantien sind eine entscheidende Frage, und in den 28 Punkten steht, dass die Amerikaner willens sind, diese zu geben. Das ist notwendig, sonst hat alles keinen Sinn. Es muss für Russland Konsequenzen haben, wenn es sich nicht an Vereinbarungen hält. Man braucht aber weitere Akteure an Bord, etwa bei der Überwachung des Waffenstillstands. Das wird man nicht mit Luxemburg und Liechtenstein machen können.

Wen meinen Sie?

STEGNER: China, Indien - Staaten dieser Größenordnung außerhalb Europas.

Ist die Nato-Mitgliedschaft der Ukraine vom Tisch?

STEGNER: Es scheint mir wenig aussichtsreich, über eine Nato-Mitgliedschaft ernsthaft zu reden.

Die Sicherheitsgarantie im Entwurf lautet etwa so: Jeder russische Angriff auf die Ukraine würde wie ein Angriff auf die Nato gewertet werden. Klingt fast wie eine Nato-Mitgliedschaft, oder?

STEGNER: Wenn am Ende der Verhandlungen ein Weg der Ukraine in die EU herauskommt, dazu Sicherheitsgarantien, bei denen die USA dabei sind, dann ist das schon ein Fortschritt gegenüber dem, was wir haben.

MASZ: Dass Sicherheitsgarantien erst an fünfter Stelle stehen, sagt einiges. Sie sind doch der wesentliche Punkt: Wie kann ein weiterer Angriff verhindert werden? Putin sagt unverblümt, dass er die ganze Ukraine als Teil seines russischen Reiches sieht. Das Thema Nato auszuschließen, ist inakzeptabel - noch entscheidet die Nato selbst, wer Mitglied wird.

Sie trauen den Sicherheitsgarantien nicht?

MASZ: Ich habe nirgends gelesen, dass die USA bereit wären, die Ukraine mit eigenen Truppen zu schützen. Im Gegenteil: Es dürfen offenbar gar keine Nato-Truppen in der Ukraine stationiert werden, auch keine europäischen Truppen. Die Antwort auf die Frage, wie sicher kann die Ukraine in Zukunft leben, ist weich wie Watte. Greift Russland erneut an, soll es auf die Finger bekommen? Aber von wem? Wäre es nicht sinnvoller, zu verhindern, dass Putin überhaupt noch mal auf den Gedanken kommt, einen Angriff zu starten?

Können die Europäer noch etwas bewegen, wenn sie sich jetzt voll reinhängen?

MASZ: Jetzt offenbart sich, ob Europa auch in existenziellen Zeiten handlungsfähig ist. Es reicht nicht, die Ode an die Freude zu singen. Dieser Kontinent kann nicht mehr sagen: Onkel Sam kümmert sich, wenn - mit Verlaub - die Kacke dampft. Können wir den Unterschied machen? Ja, wir haben die finanziellen Mittel, die Köpfe, das Know-how. In Sicherheitsfragen kommt es jetzt auf uns alle an, denn kein Land kann sich allein schützen. Und wenn ich von uns spreche, meine ich auch die Ukraine. Was immer am Ende rauskommt - es muss klar werden, dass Europa bereit ist, auch die Ukraine zu schützen.

STEGNER: Natürlich wollen wir Sicherheit in Europa, dhne Angriffskriege. Aber momentan konzentrieren wir uns auf eine massive Erhöhung der Militärausgaben. Aufrüstung geht zulasten der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Das Geld fehlt bei der Bekämpfung von Armut, Bürgerkriegen und Umweltschäden. Ich halte das für gefährlich.

MASZ: Es ist einfach falsch, so zu tun, als rüste die EU nur auf. Wir müssen technologisch in der Lage sein, Fähigkeiten, die uns bislang nur die Amerikaner lieferten, etwa im Cyberbereich, bei der Aufklärung

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG
Keine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung gestattet.

und Zielerfassung, selber herzustellen.

Herr Stegner, die USA versprechen Putin die Aufhebung der Sanktionen. Ist auch eine Reaktivierung der Gas-Pipelines denkbar?

STEGNER: Ich würde das nicht ideologisch betrachten. Aber man sollte nicht mit der fünften Stufe beginnen, wenn man eine Treppe hochgeht. Die Aufhebung der Sanktionen kann es nur geben, wenn sich Russland tatsächlich bewegt. Im Augenblick kann ich nicht erkennen, dass es von Vorteil wäre, neue energiepolitische Abhängigkeiten von Russland zu entwickeln.

Wie muss man sich das Verhältnis zu Russland in den kommenden Jahren und Jahrzehnten vorstellen?

STEGNER: Auf längere Sicht müssen wir anstreben, dass wir nicht nur Sicherheit vor Russland haben, sondern am Ende auch wieder mit Russland. Wir Deutschen wissen das aus unserer Geschichte. Unsere Nachbarn haben uns nach Weltkrieg und Holocaust wieder aufgenommen in die Völkergemeinschaft. Das lag auch daran, dass man Regierungen und Völker nicht gleichsetzen sollte...

MASZ: ...und keiner will es gewesen sein, nur Herr Putin. Das halte ich für gefährlich, schließlich wird er aus der Mitte seines Volkes getragen.

Wie stellen Sie sich das Verhältnis

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG

zu Russland denn vor, Frau Strack-Zimmermann?

MASZ: Ich weiß nicht, was in zehn Jahren ist. Aber über das Hier und Jetzt sage ich: Wir sollten die Daumenschrauben in Form der Sanktionen weiter anziehen. Putin muss wissen, dass er sein Land wirtschaftlich an die Wand fährt. Solange es keinen gerechten Frieden gibt, sehe ich keinen Weg für eine Rückkehr zur Normalität. Ein Diktatfrieden ist der Beginn neuer Kriege.

STEGNER: Verhandlungen sind kein Diktat.

MASZ: Doch, dieses Papier ist ein Diktat.

STEGNER: Ich rede über einen Prozess. An dessen Ende steht hoffentlich so etwas Kluges wie das, wofür Willy Brandt den Friedensnobelpreis bekommen hat: ein Konzept von gemeinsamer Sicherheit zwischen Ländern, die ideologisch keine Gemeinsamkeiten haben, sich aber einig sind, dass es sinnvollere Dinge gibt, als einander zu zerstören.

MASZ: Unter Willy Brandt wurden für die Bundeswehr mehr als 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Hand genommen. Er hat aus der militärischen Stärke heraus agiert.

Glauben Sie beide, dass es im kommenden Jahr einen Waffenstillstand oder gar Frieden in der Ukraine geben wird?

MASZ: Wenn die Ukraine all diesen bizarren Punkten zustimmt, hört Putin kurzfristig auf zu kämpfen. Er wird einige Jahre lang sein Arsenal erneuern, um dann wieder anzugreifen. Ich bin alles andere als optimistisch, dass es kurzfristig eine nachhaltige Lösung gibt. Das, was jetzt vorgelegt wurde, ist indiskutabel. Europa ist aufgerufen, das Korrektiv zu sein.

STEGNER: Skeptisch bin ich auch. Aber wir müssen alles dafür tun, damit es einen Frieden gibt, den auch die Ukraine akzeptieren kann.

Jan Rosenkranz (I.) leitet das stern-Politikressort. Moritz Gathmann berichtet seit 2014 aus der Ukraine, im Oktober war er zuletzt in der Frontregion. Das Interview führten sie aus Zeitgründen per Videokonferenz

RALF STEGNER

Der SPD-Außenpolitiker ist Bundestagsabgeordneter. Er setzt sich schon länger für mehr diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges ein

MARIE-AGNES STRACK-ZIMMERMANN

Die FDP-Politikerin leitet den Verteidigungsausschuss im Europaparlament. Sie forderte früh die Lieferung weitreichender Waffen

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG

Keine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung gestattet.

<Stern, 20.11.2025, S. 34>

KANN MAN IHM NOCH TRAUEN?

In einer der heikelsten Phasen des Krieges mit Russland erschüttert ein Korruptionsskandal die Ukraine. Präsident Wolodymyr Selenskyj muss sein Volk und seine Partner beschwichtigen, doch vielleicht ist es bereits zu spät

Von Moritz Gathmann

Da liegen sie: dicke Pakete aus Hundertern, jedes vermutlich mit 100 000 US-Dollar gefüllt, verpackt mit Aufschriften wie "Atlanta Series“ und "Kansas City Series“. Beinahe lächerlich wirken daneben die Bilder einer Sporttasche: Bündel aus 50-Euro- und 1000-Hrywnja-Scheinen, der Landeswährung der Ukraine, quellen aus ihr hervor. Gefunden haben das Bargeld im Gesamtwert von vier Millionen US-Dollar Ermittler des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (Nabu) beim ukrainischen Justizminister Herman Haluschtschenko und in Räumen des Staatskonzerns Energoatom.

Aber was sind schon vier Millionen? Während die Ukraine im Kampf gegen den russischen Aggressor um ihr Überleben kämpft, soll eine Gruppe 100 Millionen Dollar zur Seite geschafft haben – aus dem Staatsunternehmen, das die Atomindustrie des Landes kontrolliert und inzwischen das Rückgrat der Stromversorgung bildet. Im Mittelpunkt des Skandals steht Timur Minditsch, ein Mann, der spätestens seit 2019 zum engen Umfeld von Präsident Wolodymyr Selenskyj gehört und der, offenbar gewarnt, kurz vor den Durchsuchungen aus der Ukraine geflohen ist.

Die erfahrene Investigativjournalistin Nastja Stanko schrieb dazu auf der Plattform X: "Ich fürchte, dass wir wegen der Korruption den Krieg verlieren könnten.“ Und die Ukrainer treibt ebenso wie die ausländischen Partner die Frage um: Was wusste Selenskyj?

Genüsslich zitieren ukrainische Medien nun Interviews aus dessen Wahlkampf, in denen er versprach, nicht zu stehlen, keine korrupten Netzwerke zu bauen wie seine Vorgänger, als Präsident zurückzutreten, wenn in seinem direkten Umfeld Korruption aufgedeckt werden sollte. Auch wenn der Krieg Russlands gegen die Ukraine alles vergessen macht, was vorher war: Die Vorbereitung von Selenskyjs Wahlkampf war einst die Serie "Diener des Volkes“, in der er die Rolle eines Geschichtslehrers spielt. Und in der er nach einer flammenden Rede gegen die Oligarchen und korrupten Politiker in seiner Schule wie aus Versehen zum Präsidenten wird.

Viel ist passiert seitdem: Selenskyj, heute 47 Jahre alt, wurde zum Symbol des heldenhaften Kampfes der Ukrainer gegen den russischen Aggressor. Kaum ein (westlicher) Staatschef, der sich nicht neben ihm ablichten ließ. Alle versprachen ihm Waffenhilfe im Kampf gegen Putin. Auch die Unterstützung seiner Landsleute war ihm bis zuletzt sicher: 60 Prozent der Ukrainer vertrauten ihm, weil sie sahen, dass er angesichts der schwierigen Lage nach Trumps Wahl zum US-Präsidenten einen ordentlichen Job machte.

Doch nun erleben die Ukrainer im vierten Kriegswinter zermürbende Strom- und Heizungsausfälle und erfahren gleichzeitig von massiver Korruption im Energiegeschäft – und mittendrin ein Kumpel des Präsidenten? "Das macht die Menschen fürchterlich wütend: Sie leiden, während andere sich nicht nur bereichern, sondern mitverantwortlich sind für die Probleme“, sagt der Politikwissenschaftler Wolodymyr Fesenko.

Das Problem Selenskyjs, das sich durch seine Präsidentschaft zieht: Er umgibt sich mit alten Weggefährten, meist aus seiner Zeit als Schauspieler – und vertraut ihnen blind. "Für diese Leichtgläubigkeit bezahlt er nun“, sagt Fesenko. Der Verdacht: Hat Selenskyj versucht, die unabhängig agierenden Nabu-Ermittler zu stoppen, weil sie seinem Umfeld zu nahe kamen?

Im Juli, als ukrainische Medien schon über "Minditsch-Tonaufnahmen“ mit explosivem Inhalt berichteten, beraubte er das Nabu-Büro in einer Hauruckaktion seiner Unabhängigkeit. Die Ukraine erlebte die größten Demonstrationen seit Kriegsbeginn, auch die westlichen Partner protestierten – Selenskyj musste das Gesetz zurücknehmen. Was jetzt bekannt wurde: Ein Nabu-Agent, den der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) im Juli festnahm, war offenbar die zentrale Figur, die das Abhören all der Minister, Ex-Premiers und hohen Beamten des Minditsch-Netzwerks organisiert hatte.

Was wusste Selenskyj? "Der Präsident konnte sich denken, wie das System funktionierte, aber er machte sich keine Mühe, tiefer in die Materie einzudringen“, sagt der Politologe Fesenko.

Das "System“ war eines, das laut dem Energieexperten Oleksandr Chartschenko seit mindestens 30 Jahren existierte: Wer Aufträge des Atomriesen Energoatom bekommen wollte, musste zehn bis 15 Prozent an Kick-back-Zahlungen an Leute entrichten, die offiziell keinen Posten hatten, aber von der Regierung und der Konzernführung gedeckt wurden. Im Korruptionsjargon werden diese Leute "Aufseher“ genannt. Über Jahrzehnte war dieser Aufseher ein Politiker, der jedoch mit Kriegsbeginn nach Russland floh. Die Profiteure des Systems, so Fesenko, seien über Minditsch an die Präsidialverwaltung herangetreten "mit der Möglichkeit, auf Kosten des Energiesektors politische Projekte zugunsten des Präsidenten zu finanzieren“. Was überhaupt nicht unüblich sei, so Fesenko: Wer in der Ukraine politisch tätig sein wolle, brauche finanzstarke Geldgeber in seiner Umgebung. "Selenskyj war sich im Klaren darüber, dass Minditsch die politischen Aktivitäten des Präsidententeams finanziert“, sagt er. Aber wusste er auch, auf welche Weise?

A ns Licht kam der Fall, als die Minditsch-Gruppe zu gierig wurde. "Dieses System hat früher nie die Produktionseffizienz von Energoatom geschädigt. Es galt die Devise: Wir müssen beschaffen, was nötig

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG
Keine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung gestattet.

ist. Und wenn wir ein wenig Geld daran verdienen – okay“, erklärt der Insider Chartschenko. "Aber diese Leute wollten so viel Geld rausholen wie nur möglich.“ Ihm zufolge habe darunter zunehmend die Arbeit der Atomkraftwerke gelitten: Die Lieferung von Ersatzteilen wurde verzögert, es wurde weniger repariert als möglich – in einer Zeit, da Russland mit seinen Raketen ein konventionelles Kraftwerk nach dem anderen ausschaltet und oft nur die Atomkraftwerke das Stromnetz am Laufen halten.

Dabei hatte Energoatom einen Aufsichtsrat, in dem respektabel wirkende Persönlichkeiten saßen. Chartschenko sagt: "Kompletter Bullshit. Das war eine reine Imitation, organisiert vom Wirtschaftsund Energieministerium. Sie taten alles, um den Aufsichtsrat davon abzuhalten, aktiv zu werden.“

Präsident Selenskyj versucht sich nun in Vorwärtsverteidigung. Er hat Minditsch und mehrere andere Beschuldigte mit Sanktionen belegt und einen Neustart des Energiesektors angekündigt. Energoatom soll eine neue Führung bekommen, alle Staatsunternehmen sollen auf Korruption überprüft werden – und die Nabu-Ermittler ohne Hindernis arbeiten dürfen.

Selenskyj tut, was er schon früher tat, wenn es heikel für ihn wurde: Er reist in frontnahe Gebiete, verteilt Tapferkeitsorden an Soldaten, schüttelt Hände, zeigt sich volksnah. Und muss hoffen, dass nicht noch mehr herauskommt. Etwa über die Verbindungen von Minditsch zum Rüstungsunternehmen Firepoint, das riesige Summen aus dem Verteidigungshaushalt für die Entwicklung der Langstreckenrakete Flamingo bekommen hat. Auch der Name von Verteidigungsminister Rustem Umerow taucht in den Akten auf.

Auch muss er hoffen, dass keine weitere persönliche Verwicklung öffentlich wird. "Wenn herauskommt, dass Selenskyj direkt beteiligt war, wenn also er selbst oder nahestehende Leute aus der Präsidialverwaltung Geld aus dieser Kasse bekommen haben, könnte die Opposition seinen Rücktritt fordern“, sagt der Politologe Fesenko. "Da könnte es zu Protesten kommen – und dann wird es gefährlich für Selenskyj.“

Wahlen darf es mitten im Krieg nicht geben – diese Regelung schützt Selenskyj. Aber auch Proteste oder gar ein Umsturz mitten in dieser äußerst kritischen Phase des Krieges würden die Existenz des Landes gefährden.

Bohdan Krotewytsch, Kriegsheld und landesweit populärer Kommandeur der Asow-Brigade, die an der Front kämpft, drückt sich deshalb verklausuliert aus: "Das Fehlen echter Veränderungen in der Präsidialverwaltung, in der Armeeführung und im Generalstab gefährdet die Souveränität des Staats. Entweder rettet ihr eure prorussischen korrupten Freunde oder ihr rettet den Staat – eine dritte Option gibt es nicht“, schreibt er in einem Statement. "Die Wahl können nur der Präsident oder das ukrainische Volk treffen.“ Selenskyj, will Krotewytsch wohl sagen, steht jetzt unter genauer Beobachtung.

Der Skandal stellt auch die internationale Unterstützung des Landes infrage. Seit dem russischen Überfall im Februar 2022 hat die Ukraine über 300 Milliarden Euro Hilfe vom Westen bekommen, 76 Milliarden davon aus Deutschland. Nun steht jene Frage im Raum, die vor 2022 die Kritiker der Ukraine immer wieder stellten: Kann man den Ukrainern überhaupt vertrauen?

Bundeskanzler Friedrich Merz sah sich gezwungen, wenige Tage nach dem Bekanntwerden des Skandals Selenskyj anzurufen. Die Ukraine werde "alles Notwendige tun, um das Vertrauen der Partner zu stärken“, erklärte dieser nach dem Telefonat. Merz fordert nun, die Ukraine müsse die Korruptionsbekämpfung "energisch vorantreiben“. Aber ist da ein Riss entstanden zwischen Berlin und Kiew oder gar: Hat der Riss sich vertieft? Aus den eher Ukrainefreundlichen Unions-Parteien gab es zuletzt laute Kritik an Selenskyj. Seine Entscheidung, jungen Ukrainern zwischen 18 und 22 Jahren die Ausreise zu gestatten, hatte ab September zu einem neuen Exodus von mindestens 100 000 Menschen geführt – die meisten mit dem Ziel Deutschland.

Kurz nach Selenskyjs Telefonat mit Merz trat in Warschau der ukrainische Vize-Energieminister Roman Andarak auf die Bühne. Im Expo-Zentrum am Rand der polnischen Hauptstadt sollte unter dem Motto "Rebuild Ukraine“ um ausländische Investoren geworben werden, um Gelder internationaler Geber für den Wiederaufbau der Energieinfrastruktur, die täglich von russischen Raketen und Drohnen attackiert wird.

A ndaraks Auftritt begann unglücklich: Kurz bevor er das Rednerpult erreichte, stolperte er. Dann richtete sich der Ukrainer wieder auf und ermunterte stramm und in gutem Englisch die vor ihm versammelten rund 100 Firmenvertreter: "Die Besucherzahl hat sich verdreifacht. Das zeigt sowohl das Potenzial als auch das Vertrauen in den Wiederaufbau der Ukraine sowie das Investitionsklima für ausländische Investoren.“ Andarak sprach von Resilienz und Widerstand gegen die russischen Angriffe und verkündete, dass die Regierung dafür viel Geld brauche.

Je länger er sprach, desto mehr Zuhörer vertieften sich in ihr Smartphone, wo sie die neuesten Enthüllungen zur Korruptionsaffäre lesen konnten. Jene zu Andaraks Chefin, der Energieministerin Switlana Hryntschuk, die gemeinsam mit Justizminister Herman Haluschtschenko zurückgetreten ist. Der war vor Kurzem selbst Energieminister – und ist nun die zentrale Figur im Korruptionsskandal. Hryntschuk soll Nabu-Ermittlungen zufolge im Sommer mindestens dreimal bei Haluschtschenko übernachtet haben. "Wir brauchen Ideen, wie wir das Vertrauen weiter stärken können“, schloss Andarak in Warschau.

Dass viel Geld auf dem Spiel steht, zeigte die Anwesenheit von Hunderten von Ausstellern aus Europa und Übersee. Aus Deutschland waren von den Amberger Kaolinwerken bis zum Verband der Privaten Bausparkassen Dutzende mit eigenem Stand angereist. Illusionen über die Ukraine machte sich kaum jemand. "Mit einer Aufzahlung von zehn Prozent der Vertragssumme muss man in der Ukraine einfach rechnen“, berichtete ein Osteuropa-erfahrener Wirtschaftsvertreter. Kein Grund zur Aufregung?

Zumindest in Deutschland hat der Korruptionsskandal eine Debatte neu befeuert, die zuletzt im Sommer aufgeflammt war, als Selenskyj versucht hatte, das Nabu-Büro zu kontrollieren. Soll die Ukraine weiter unterstützt werden, wenn man nicht sicher sein kann, was mit dem Geld passiert? Moskau verstärkt die Verunsicherung nach Kräften: Die euro-

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG
Keine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung gestattet.

päischen Geldgeber und die USA begännen jetzt zu verstehen, "dass ein bedeutender Teil des Geldes, das sie ihren Steuerzahlern abnehmen, vom Kiewer Regime geplündert wird", verlautbart der Kremlsprecher Dmitri Peskow.

Die Bundesregierung versucht, das Thema abzuräumen: "Uns liegen keine Erkenntnisse vor, dass von den Vorfällen Unterstützungsmittel Deutschlands betroffen sind", teilt ein Sprecher des Entwicklungsministeriums mit. Auch Fälle von Korruptionsversuchen bei deutschen Unternehmen seien nicht bekannt.

Doch der SPD-Außenpolitiker Ralf Stegner warnt: "Korruption ist für Beitrittskandidaten ein großes strukturelles Hindernis auf dem Weg in die EU. Das gilt auch für die Ukraine." Die Unterstützung bei der Verteidigung gegen Russland solle erhalten bleiben, sagt Stegner, aber: "Auch in schwierigen Kriegszeiten wird sich Präsident Selenskyj persönlich und tatsächlich um einen glaubwürdigen Antikorruptionskurs kümmern müssen, wenn die Perspektive für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden soll."

S elbst die Fürsprecherin der Ukraine, Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP, zeigt sich erschrocken: "Die Fassungslosigkeit vieler Ukrainerinnen und Ukrainer kann ich gut nachvollziehen. Das Land hat über Jahrzehnte schwer unter Korruption gelitten, und internationale Unternehmen haben sich auch deshalb zurückgezogen. Dass mitten im russischen Angriffskrieg, während die Ukraine um ihr Überleben kämpft, solche Fälle weiterhin auftreten, ist für viele ein Schock." Der Kampf gegen Korruption sei "keine freundliche Bitte", sondern eine klare Erwartung und Voraussetzung für den EU-Beitrittsprozess, so die Europaabgeordnete.

Aber ist der Sumpf nicht zu tief? Anruf bei Markijan Halabala, Richter am Obersten Antikorruptionsgericht der Ukraine. Der 44-Jährige erinnert sich, wie nach dem russischen Überfall die korrupten Netzwerke im Land für wenige Monate innehielten; die Gesellschaft konsolidierte sich damals im Kampf um die Existenz. "Aber kaum hatten die Russen ihre Panzer von den Stadtgrenzen Kiews abgezogen, fing alles wieder an", sagt der Jurist. Der Krieg, so Halabala, habe nur dafür gesorgt, dass die korrupten Geldströme in Bereiche "umgeleitet" würden, in denen nun mehr Geld zu holen ist, etwa die Rüstungsindustrie. Seinen Schätzungen zufolge sei das Niveau an Korruption in der Ukraine vor 2022 und danach etwa gleich hoch. "Der aktuelle Fall zeigt aber: Die nach dem Maidan entstandenen Institutionen im Kampf gegen die Korruption funktionieren. Es wird immer schwerer, die korrupten Systeme zu verbergen." Das ist die positive Nachricht dieser Tage.

In Berlin sitzt an einem Novembertag Vitali Klitschko auf einer Bühne nahe des Brandenburger Tors. Der ehemalige Boxweltmeister und heutige Bürgermeister von Kiew gilt als einer der härtesten Gegner Selenskyjs. Die Präsidialverwaltung hat in den Kriegsjahren politische Weggefährten Klitschkos aus dem Amt gedrängt und mit loyalen Figuren ersetzt. Auch Klitschko wirbt an diesem Tag um Investitionen in die Ukraine, mantraartig spricht er vom Vertrauen, das die ausländischen Partner aufbringen müssten.

"Der Skandal schadet der Ukraine sehr stark", sagt er nach dem Auftritt zum stern . Ob Selenskyj für ihn noch ein vertrauenswürdiger Kämpfer gegen Korruption ist. Klitschko antwortet: "Das ist eine provokante Frage … Ich habe den Präsidenten leider seit Beginn des Kriegs nicht getroffen."

Moritz Gathmann berichtet seit 15 Jahren über die Ukraine, auch über Korruption.

Aber die Kaltschnäuzigkeit der Akteure, die das Land mitten im Krieg ausrauben, hat selbst ihn überrascht.

Mitarbeit: Paul Flückiger, Miriam Hollstein

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG

(c) Gruner + Jahr AG & Co. KG

Keine Vervielfältigung, Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung gestattet.